

Eidgenössische Politik
Runter mit der
Asylquote
von Reinhard Wegelin
Seite 2

Kanton Zürich
Finanzen und Bildung
im Krankenbett
von Tobias Infortuna
Seite 3

Aktuell
Wo drückt der
Schuh?
von Kevin Kübler
Seite 4–5

Parlamentsgemeinden
Investitionen Stadt
Winterthur
von Christian Hartmann
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Spaghetti-Plausch
mit Mauro Tuena
am 4. Oktober
Seite 8

RÜCKBLICK AUF DIE HERBSTSESSION

Grosse Asyldebatte im Nationalrat während der Herbstsession

Während der Herbstsession in Bundesbern fand eine Sondersession zum Thema Asyl statt. Der Familiennachzug war in Bern ein grosses Thema. Hier konnte die SVP Erfolge verbuchen und sogar die FDP und Mitte für ihr Anliegen gewinnen.



Mit einer Motion erreichte die SVP, dass inskünftig abgewiesenen Asylbewerbern kein Familiennachzug mehr gewährt wird.

Bild: Adobe Stock

Dank des Widerstands der SVP wurde der Ausbau des Familiennachzugs bei Eingebürgerten gestoppt. Der Ständerat stoppte eine verfassungswidrige Vorlage. Mit 27 zu 14 Stimmen lehnt der Ständerat es ab, auf die Lockerung des Familiennachzugs für eingebürgerte Drittstaatsangehörige einzutreten. Der Bundesrat hatte die Vorlage mit dem Argument verteidigt, die Familien von Schweizer Bürgern seien schlechter gestellt als jene von EU-Bürgern. Wenn aber Handlungsbedarf besteht, dann bei der Einschränkung des Familiennachzugs für die Familien von EU-Bürgern. Ständerätin Esther Friedli machte deutlich, dass die finanziellen Auswirkungen der Vorlage auf die Sozialwerke und die Gesundheitskosten nicht

einmal beziffert werden könnten. Ständerat Pirmin Schwander betonte, dass die Vorlage des Bundesrates das Problem nicht löse, sondern verschärfe. Die Vorlage geht bald an den Nationalrat zurück.

Kein Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene

Mit 105 zu 74 Stimmen nahm der Nationalrat eine SVP-Motion an, wonach «vorläufig Aufgenommenen», also abgewiesenen Asylbewerbern, kein Familiennachzug mehr gewährt werden soll. Thomas Knutti, Nationalrat der SVP, erinnerte daran, dass es sich – entgegen den Behauptungen von linksgrüner Seite – nicht um Flüchtlinge aus Kriegsgebieten handle. Diesen Flücht-

lingen sei das Asyl verweigert worden und gegen sie lägen Wegweisungsscheide vor. Es gehe deshalb nicht an, dass sie ihre Familien nachziehen können, obwohl sie kein Aufenthaltsrecht in der Schweiz besitzen. Sogar die FDP und die Mitte unterstützten uns und zeigten langsam Einsicht, dass es so nicht weitergehen kann.

Einstellung der Beiträge an das UNRWA Hilfswerk

Der Nationalrat hat auch ausführlich über das Verhältnis der Schweiz zum Palästinenserhilfswerk UNRWA debattiert. Für die Mehrheit des Nationalrates war klar, dass die UNRWA in die Terroranschläge der Hamas vom 7. Oktober 2023 verwickelt war. Am Anfang

der Debatte stand eine Motion von Nationalrat David Zuberbühler der SVP, die verlangte, dass die Schweiz alle Zahlungen an die UNRWA einstellt. Er argumentierte, dass die Schweiz die Gelder für die Palästinahilfe besser anders einsetzen sollte, als weiterhin die von der Hamas unterwanderte UNRWA zu unterstützen. Der Nationalrat folgte Nationalrat Zuberbühler erfreulicherweise und nahm die Motion mit 99 zu 88 Stimmen bei 7 Enthaltungen an.

Eigenmietwert endlich abschaffen

Der Nationalrat hat beschlossen, an seiner Position festzuhalten und den Eigenmietwert bei Wohneigentum endlich abzuschaffen. Dies ist auch ein grosses Thema in der Bevölkerung. Dieser Systemwechsel betrifft sowohl Erst- als auch Zweitwohnungen. Damit bleibt die Differenz zum Ständerat bestehen, der nur einen teilweisen Systemwechsel will. Der Entscheid für den vollständigen Systemwechsel fiel mit 153 zu 39 Stimmen bei einer Enthaltung deutlich aus.

Ziel des Nationalrates ist es, eine Verfassungsgrundlage für eine Objekosteuer auf Zweitwohnungen zu schaffen. Damit soll den betroffenen Kantonen und Gemeinden die Möglichkeit gegeben werden, eine besondere Liegenschaftsteuer zu erheben und damit die durch den vollständigen Systemwechsel bei der Eigenmietwertbesteuerung zu erwartenden Einnahmenausfälle zu kompensieren. In diesem Sinne wurde die Vorlage vom Nationalrat mit überwältigendem Mehr angenommen. Das Geschäft geht nun zurück an den Ständerat.

Kündigung der EMRK

Die Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention fand leider im Nationalrat bei den anderen Parteien kein Gehör. Der Ständerat will aber, dass sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte auf seine Kernaufgabe konzentriert und hat eine entsprechende Motion gutgeheissen. Hintergrund ist das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall der Klima-Seniorinnen. Darin hielt der Gerichtshof fest, dass die Schweiz ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen im Bereich des Klimaschutzes nicht erfüllt habe und mit entsprechenden Massnahmen politisch nachbessern müsse. Aus Sicht der SVP ist dies eine unzulässige Ausweitung der Rechtsprechung. Statt sich auf den Schutz der Grundfreiheiten und Individualrechte zu konzentrieren, hebeln die Strassburger Richter demokratische Entscheide aus. In der Sommersession hatten beide Räte das Klima-Urteil in Erklärungen scharf kritisiert.

Besonders in der Rechtskommission war dies ein Thema, wobei wir eine kritische Erklärung verfassten. Im Grossen und Ganzen war die Herbstsession somit sehr erfolgreich. Viele wichtige Themen wurden behandelt und die SVP konnte einige Erfolge verzeichnen.



Nina Fehr Düsel
Nationalratin SVP
Küschnacht

Geniessen Sie mit uns eine Schifffahrt auf dem Zürichsee!

Wann:
Was:

Mittwoch, 23. Oktober 2024, 18-21 Uhr
Informationen zu den eidg. Abstimmungen
vom 24. November 2024

mit **Nationalrätin Barbara Steinemann**
und **Nationalrat Gregor Rutz**

Verpflegung: Wurst und Brot
Boarding: 17:45 Uhr

Wo: Zürich Bürkliplatz, MS Etzel, Bootsteg 6
Anmeldung: sekretariat@svp-zuerich.ch
oder Tel. 044 217 77 66

Alles offeriert!

Die Platzzahl ist beschränkt! Melden Sie sich noch heute an!
Auch Nicht-SVP-Mitglieder sind willkommen!
SVP Kanton Zürich



JA 24. Nov. 2024
Sicherung der Nationalstrassen

zusammen-vorwaertskommen.ch



Christoph
Mörgeli

Professor für Linksideologie

Die Volkskundler sind ein eigenes Völkchen. Der Deutsche Lorenz Löffler studierte fünf Semester in der DDR. Mittlerweile Professor an der Universität Zürich, liess er 1980 ein Video über die Opernhauskrawalle erstellen. Er verweigerte der Erziehungsdirektion, das Band herauszugeben und liess den Film trotz Verbot vorführen. Löffler wollte mit seiner «Aktionsforschung» den Gegensatz zwischen seiner Wissenschaft und den Krawallkriminellen auflösen.

Der Deutsche Moritz Ege ist Professor für Populäre Kulturen an der Universität Zürich. Im SP-Organ «pszeitung.ch» beklagt er, dass eine «anti-linke Konjunktur» herrsche. Damit würden «linker Positionen und progressive Bewegungen» als «gemeinsames Feindbild» geschwächt und zum «Sündenbock» gemacht. Tatsächlich sei doch der Sündenbock das «neoliberalen Modell». Sogar «Teile der Arbeiterklasse» teilen leider «traditionelle Werte wie Familie, harte Arbeit und Patriotismus» und empfänden «junge migrantische Kriminelle» als Bedrohung.

Und die Belegschaften der «Auto- und Schwerindustrie» fänden die Deindustrialisierung wegen des Klimawandels nicht so toll. Die egoistischen «normalen Leute» forderten Schutz und Anerkennung für die eigene Gruppe. «Die Linke dagegen hat ethisch-moralische Ansprüche, die den Kreis der Solidarität ausweiten.» Dummerweise, doziert Moritz Ege, würden etwa die linken «Sprachregelungen» als «Normalitätsverstöße oder Verhaltenszumutungen» empfunden. In der Schweiz zeige sich die «anti-linke Konjunktur» am direktesten durch die «Rhetorik der SVP». Und auch die FDP springe auf diesen Zug auf, urteilt der pro-linke Konjunkturforscher.

In Wahrheit war der Westen noch nie so links, staatsvergottend und bürokratisch. Es sei Herrn Moritz Ege unbenommen, sich als Politiker politisch zu betätigen. Mit Wissenschaft auf Kosten der Zürcher Steuerzahler hat das aber so viel zu tun wie ein Bordell mit einem Nonnenkloster. Professor Ege gleicht einem Ladenbetreiber in der sozialistischen DDR: Er stellt alles ins Schaufenster, damit niemand merkt, dass sein Laden leer ist.

SVP EDITORIAL

Sofortiger Stopp: Schweiz darf nicht länger via UNRWA Terror finanzieren

Am Anfang stiess unsere Forderung, die Schweizer Zahlungen an das UN-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) zu streichen, auf breiten Widerstand. Namentlich die Linken taxieren dies als gefährlich und unmenschlich. Fakt ist aber: Das Hilfswerk ist von Hamas-Terroristen infiltriert. Immerhin hat der Nationalrat nun entschieden, die Zahlungen zu stoppen. Nur der Ständerat stellt sich noch quer.



David Zuberbühler
Nationalrat SVP
Herisau (AR)

Kürzlich wurde im Libanon ein hochrangiger Hamas-Kommandant getötet, der offenbar für die UNRWA als Leiter des UNRWA-Lehrerverbands arbeitete. Der Leiter des UN-Flüchtlingswerks für Palästinenser, Philippe Lazzarini, bestritt am Montag, davon gewusst zu haben, dass sein Mitarbeiter Fateh Sherif Abu el-Amin ein Hamas-Kommandeur im Libanon war, was zumindest die Nachrichtenagentur Reuters berichtet. Dies ist nicht das erste Mal, dass Lazzarini behauptet, von derartigen Vorfällen nichts gewusst zu haben. Seine ständigen Dementis wirken zunehmend unglaublich. Es stellt sich die Frage, wie eine Organisation, die wiederholt in Verbindung mit extremistischen Elementen gerät, von solchen Aktivitäten nichts bemerkt haben will. Eine Organisation, die Terroristen beschäftigt, kann und darf nicht mit Schweizer Geldern unterstützt werden. Punkt.

Die UNRWA steht seit Jahren in der Kritik. Immer wieder tauchen Berichte auf, dass sie Verbindungen zu radika-



Aktuell stellt sich der Ständerat noch quer, die Zahlungen zu stoppen.

Bild: Adobe Stock

len Gruppen hat. Wie konnte eine Organisation, die Flüchtlingen helfen soll, in solch einen Sumpf geraten? Die Antwort liegt in einem Versagen auf höchster Ebene. Philippe Lazzarini, der aktuelle Chef der UNRWA, hat seine Organisation nicht im Griff. Sein Rücktritt ist längst überfällig.

Die Schweiz sieht sich selbst als neutrale Vermittlerin in Konflikten. Doch

was bedeutet Neutralität, wenn man Terror indirekt finanziert? Jedes Jahr fließen Millionen von Schweizer Steuergeldern in die UNRWA. Mit diesem Geld wurden Terroristen finanziert! Es ist beschämend.

Die SVP hat den Finger in die Wunde gelegt. Weniger Geld für die UNRWA war der richtige Schritt. Doch das reicht nicht. Die Schweiz muss die Konsequen-

zen ziehen. Und die UNRWA muss sich grundlegend reformieren, wenn sie weiterhin auf Unterstützung hoffen will.

Es ist traurig, dass wir überhaupt an diesen Punkt gelangen mussten. Die UNRWA wurde gegründet, um den Ärmsten zu helfen, nicht um radikale Ideologien zu fördern. Doch solange Terroristen in den Reihen dieser Organisation stehen, bleibt die Glaubwürdigkeit zerstört.

Und nicht nur das: An den von der Schweiz mitfinanzierten UNRWA-Schulen werden gemäss einer Untersuchung Schulbücher und Lehrer eingesetzt, die Hamas-Terroristen als Märtyrer glorifizieren oder gar zu Gewalt gegen Juden aufrufen. An diesen Schulen wird alles andere als Frieden, Toleranz und Menschenrechte unterrichtet. Stattdessen wird die palästinensische Jugend systematisch auf den Kampf gegen Israel eingestimmt. Terror wird verherrlicht, indem palästinensische Attentäter, die jüdische Männer, Frauen und Kinder ermordet haben, als Vorbilder präsentiert werden. Und palästinensische Schulkinder sollen von einem Palästina ohne Israel träumen. So hilft die Schweiz mit, die nächste und übernächste Generation von Terroristen heranzubilden.

Unter diesen Umständen darf die Schweiz keinen einzigen Franken mehr an die UNRWA zahlen. Statt auf Versprechungen zu warten, muss die Unterstützung endgültig eingestellt werden – ohne Ausnahme.

Es ist Zeit, Verantwortung zu übernehmen.

SVP UND FDP FORDERN KLARE OBERGRENZE

Runter mit der Asylquote

SVP und FDP wollen den Kanton mittels einer gemeinsamen Parlamentarischen Initiative zwingen, endlich die Asylquote gesetzlich nach unten zu korrigieren. Die Kantonsregierung ist offenbar nicht fähig, direkt beim Bund dahingehend zu intervenieren.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär
Pfäffikon

Die neuen Aufnahmekoten übersteigen die Möglichkeiten der Gemeinden. Sie gefährden die soziale und demokratische Stabilität. Die SVP hat vor wenigen Wochen ein Vorstosspaket zum Asylwesen angekündigt und konnte eine Allianz für eine Parlamentarische Initiative (PI) schmieden.

Knapper Platz wegen Zuwanderung

Die Asylsituation in zahlreichen Gemeinden hat ein alarmierendes Niveau erreicht. Mit der neuen Regelung, die seit Juli eine Quote von 1,6 Prozent vorschreibt, sehen sich viele Gemeinden

einer kaum bewältigbaren Herausforderung gegenüber. Der Platz im Siedlungsgebiet ist aufgrund der Zuwanderung knapp und der Wohnungsmarkt überhitzt. Baulandreserven von Gemeinden bestehen meist nur angrenzend an Schulen und Kindergärten.

Der falsche Ort für Kollektivunterkünfte von Asylsuchenden! Stefan Schmid, Gemeindepräsident von Niederglatt und Kantonsrat, sagt dazu: «Die Gemeinden werden wegen des Asylchancos zwischen Bund und Kanton regelrecht aufgerieben.

Das Resultat sind Missstimmung in der Bevölkerung sowie reihenweise versenkte Projektkredite für Asylunterkünfte.»

Obergrenze von 1 Prozent

Die SVP fordert daher eine Obergrenze von maximal 1,0 Prozent und konnte für das Anliegen nun auch die Zürcher

FDP gewinnen. Aktuell kann der Regierungsrat die Aufnahmekote der Gemeinden selber festlegen. Mittels Parlamentarischer Initiative soll die bestehende Quote gesenkt und eine maximale Obergrenze im Gesetz festgelegt werden. «Die gesetzliche Obergrenze ist entscheidend für die Planungssicherheit der Gemeinden», sagt der Zürcher SVP-Parteipräsident Domenik Ledermann und ergänzt: «Die Überlastung durch die Erhöhung der Aufnahmekote führt zu erheblichen finanziellen und sozialen Problemen, insbesondere bei der Bereitstellung von Wohnraum.»

Die Bürger in zahlreichen Gemeinden haben in den letzten Monaten ihre Stimmen gegen das ausufernde Asylchancos erhoben. Die Bürgerlichen im Kantonsrat und allen voran die SVP kämpfen an der Seite der Zürcher Gemeinden und der Bevölkerung, damit die Aufnahmekote der Gemeinden wieder auf

ein erträgliches Mass gesenkt werden kann.

Wichtige Verbundaufgabe

Das Flüchtlings- und Asylwesen ist eine Verbundaufgabe aller drei Staatsebenen. Die Gemeinden als unterste dieser drei Ebenen leisten einen enormen Aufwand, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Mit der Aufnahmekote von 1,6 Prozent ist aber das Machbare deutlich überschritten.

Der Kanton ist jetzt gefordert, mit einem weitsichtigen und durchdachten Konzept die Herausforderung mit den Asylunterkünften zu bewältigen.

Keine Leute mit Nichteintretentsentscheid

Mit dieser Parlamentarischen Initiative soll eine verträgliche Obergrenze der Aufnahmekote für Gemeinden mit 1,0 Prozent pro tausend Einwohner eingeführt werden. Diese Quote würde auch ausreichen, um dem ursprünglichen Prinzip gerecht zu werden, nämlich den Gemeinden nur jene Personen zuzuweisen, welche abgeschlossene Verfahren durchlaufen und keinen Nichteintretentsentscheid (NEE) erhalten haben.

Konzentration auf europäische Flüchtlinge

Man muss mit seinen politischen Forderungen immer sehr konkret vorgehen, sonst ändert sich nichts. Das ist mit dieser Parlamentarischen Initiative von SVP und FDP bestens gelungen. Auch auf eidgenössischer Ebene sind klare Vorgaben ebenfalls nötig. «Die Schweiz soll sich auf europäische Flüchtlinge konzentrieren», forderte kürzlich SVP-Präsident Marcel Dettling. Die Schweiz habe beim Thema Asyl nämlich den Fokus verloren, sagte Dettling in der «NZZ am Sonntag».

Das Asylrecht sei Ende des Zweiten Weltkrieges vor allem eingeführt worden, um europäischen Flüchtlingen zu helfen. Doch jetzt kämen die meisten aus Afrika und dem Nahen Osten. Das überlastet unsere Aufnahmemöglichkeiten deutlich.



Die Asylsituation in zahlreichen Gemeinden hat ein alarmierendes Niveau erreicht.

Bild: Adobe Stock

AUS DEM KANTONSRAT

Finanzen und Bildung im Krankenbett

Die Rad-WM ging am letzten Sonntag zu Ende, doch kamen etliche Kantonsräte zu spät, weil seit Montag die Absperrungen für diesen Anlass zurückgebaut werden müssen – mit Staufolgen. Obwohl sich Zürich nicht für die Olympischen Spiele bewirbt, war der Tag dennoch mit kostspieligen Themen gefüllt.



Tobias Infortuna
Kantonsrat SVP
Egg

Bevor die Sitzung am Montag jeweils losgeht, wird man mit den eingereichten Anfragen der Vorwoche eingedeckt. Diesmal war eine besonders interessante darunter: Wie es denn nun mit den Asylanten-Fachkräften weitergehen soll, die wegen der Volksabstimmung vom 22. September keine Stipendien erhalten? Diese Frage stellten die Unterzeichnerinnen der Linken, Grünen, Grünlberalen und Mitte. Das ist Demokratie, lautet die kurze und richtige Antwort auf diese Anfrage. Das Stipendienwesen wurde aufgrund des Volkswillens nicht verändert, ob das den Verlierern nun passt oder nicht.

Teure Gesundheit

In der Sitzung ging es als Erstes um die Geschäftsberichte 2023 der Spitäler und Kliniken. Die Sprecher der SVP hielten fest, dass die Finanzen in Schieflage sind. Die Zielvorgaben wurden deutlich verfehlt, die Betriebszahlen sind negativ. Zudem verteuert der Denkmalschutz weiterhin die Infrastruktur. Auch wenn sich das Gesundheitswesen im Kanton Zürich auf einem hohen und damit auch kostspieligen Niveau bewegt, dürfen die Finanzen nicht vergessen werden. Vor allem die Bundesbene ist gefordert, die stetig steigenden Krankheitskosten zu dämpfen. Wieso zum Beispiel haben Zuwanderer, die noch keinen Rappen ins System einbezahlt haben, den vollen Zugang zu allen für sie kostenlosen Leistungen?

Teure Rad-WM

Im Anschluss verlas Anita Borer für die SVP eine Fraktionserklärung zur Rad-WM. Die Auswirkungen dieses Anlasses waren massiv und unverhältnismässig. Das Gewerbe erlitt Einbussen. Zuschauer waren kaum vorhanden. Es

bleibt vor allem eine gewaltige Steuergeldverschwendug zurück. Grossanlässe sollen stattfinden dürfen, aber die Betroffenen müssen unbedingt einbezogen werden. Natürlich lässt der Tod der jungen Rennfahrerin die Probleme rund um die WM nichtig erscheinen, das Versagen der Organisatoren darf aber dennoch nicht unter den Tisch gekehrt werden.

Teure Bildung

Am Nachmittag standen Bildungsthemen auf dem Programm. Zuerst ging es wieder einmal um mehr Lohn für die Lehrerinnen und Lehrer. Eine knappe Mehrheit stimmte diesem linken Ansinnen leider zu. Seit Jahren versucht man, den Lehrermangel mit Lohnerhöhungen zu mindern. Erfolglos, denn mit mehr Lohn senken die Lehrer ihren Beschäftigungsgrad. Das wiederum verstärkt den Lehrermangel. Zudem werden mit immer mehr Lohn die Probleme der Volksschule nicht gelöst. Die

grossen Belastungen infolge Sitzungen, Besprechungen, Projektgruppen und so weiter werden weiterhin nicht hinterfragt. Aber genau bei dieser sinnlosen Administration und bei den Arbeiten ausserhalb des Klassenzimmers müsste angesetzt werden. Viel davon wird durch die Integration aller Kinder in einer Klasse verursacht. Die Initiative der SVP für Kleinklassen kommt hier genau richtig.

Die gleichen Argumente sprachen auch gegen den Ausbau der Schulleistungen. Wir brauchen mehr Unterricht, nicht mehr Administration. Links, Grün und Grünlberal setzten sich hier jedoch mit einer Stimme Unterschied durch. Ein teurer und kontraproduktiver Tag im Kantonsrat. Finanzen und Schule in der Krise. Mit den jetzigen Mehrheiten im Rat hilft nur noch der Weg über Volksabstimmungen. Die Menschen ausserhalb des Parlaments haben inzwischen nämlich verstanden, was Politiker verdrängen.



Linksgrün verursacht mit seinen Vorstössen einmal mehr unnötige Kosten.

Bild: Adobe Stock

WORTE DER PRÄSIDENTIN DER JUNGEN SVP KANTON ZÜRICH

Warum Junge SVP?

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser, häufig werde ich neugierig gefragt: «Warum soll ich mich bei der Jungen SVP engagieren?» Die Antwort darauf ist vielseitig, denn die Junge SVP bietet viel. Wir sind die Plattform für junge heimat- und freiheitsliebende Bürgerinnen und Bürger, die Verantwortung für die Zukunft unseres Landes übernehmen wollen.

«Klartext» reden

Die Junge SVP bietet jungen Menschen die Möglichkeit, sich in der politischen Landschaft auf der bürgerlichen Seite zu positionieren. In einer Zeit, in der viele Parteien zu «Fähnli» verkommen und kurzsichtige Lösungen anbieten, bleiben wir standhaft in unserer Überzeugung: Heimatverbundenheit, Freiheit und Eigenverantwortung. Junge Menschen haben bei uns die Chance, ihre Stimme in entscheidenden politischen Diskursen einzubringen. Sei es bei der Sicherheit, der Migration oder der Bildung – es gibt viel zu tun! Wer sich aktiv beteiligt, kann direkt Einfluss auf das politische Geschehen nehmen und mit uns, getreu nach unserem Motto, «Klartext» reden.

Persönliche Weiterentwicklung

Neben der politischen Arbeit bietet die Mitgliedschaft in der Jungen SVP auch

die Möglichkeit, persönliche Fähigkeiten zu stärken. Sei es im öffentlichen Reden, in der Debattenkultur oder in der Organisation von Veranstaltungen. Wir erkennen und fördern Potenzial, denn die Entwicklung junger Talente ist nicht nur für unsere Jungpartei, sondern auch für die SVP enorm wichtig. Viele namhafte Politikerinnen und Politiker haben ihre ersten politischen Erfahrungen bei der Jungen SVP gemacht.

Gemeinschaft

Gemeinsame Werte und Traditionen verbinden. Bei unserer politischen Arbeit steht auch immer wieder das Gemeinschaftsgefühl im Vordergrund. Wir veranstalten regelmässig Events, von politischen Diskussionsrunden über Grillfeste bis hin zum Ski-Weekend in den Bergen. Für Spass und Abwechslung ist gesorgt, sodass für jeden etwas dabei ist.

Der erste Schritt

Für viele ist die Junge SVP der Einstieg in die politische Welt. Zahlreiche unserer Mitglieder haben erfolgreich ihren Weg in die SVP gefunden oder übernehmen bereits politische Verantwortung in einem Mandat. Die Junge SVP bietet jungen Menschen die Möglichkeit, sich frühzeitig in die Politik

einzu bringen, Kontakte zu knüpfen und wichtige Erfahrungen zu sammeln, die auch auf beruflicher und persönlicher Ebene wertvoll sind.

Kennst du jemanden?

Viele junge Menschen haben genug von der bevormundenden Woke-Kultur, verstopften Strassen und der wuchern Kriminalität.

Kennst du auch jemanden in deinem Umfeld, der zwischen 14 und 35 Jahre alt ist und Klartext reden will? Dann erzähle ihm unbedingt von uns. Eine Anmeldung ist über unsere Webseite oder per Mail (info@svp-zh.ch) möglich. Selbstverständlich ist auch ein unverbindliches Schnuppern an einem unserer Anlässe möglich.

Wir freuen uns auf neue Gesichter und möchten uns an dieser Stelle für dein Weitersagen herzlich bedanken.



von
Naemi Dimmeler

FRAKTIONSERKLÄRUNG DER SVP-/EDU-FRAKTION

Paracycling- und Rad-WM – keine unverhältnismässigen Einschränkungen der Bevölkerung und der Gewerbetreibenden mehr!



Anita Borer
Kantonsrätin SVP
Uster

mer in den jeweiligen Betrieb zu gelangen, waren stark eingeschränkt. Ganz allgemein wurden die Bürgerinnen und Bürger stark und in nicht nachvollziehbarem Ausmass in ihrer Bewegungsfreiheit beschnitten.

Dass das Ganze enorm viel städtisches und kantonales Personal – insbesondere seitens der Polizei – band, setzt dem Ganzen die Krone auf. So hat die Stadt polizei Zürich vergangenes Wochenende die Besetzung des Kanzlei-Areals unter anderem deshalb nicht umgehend aufgelöst, weil wegen der Rad-WM zu wenig Personal verfügbar war.

Steuergelder wurden richtiggehend verschleudert. An verschiedenen Orten wurden ganze Verkehrsinseln entfernt, d.h. Pflastersteine weggespitzt, um freie Fahrt für die Athleten zu haben. Die Inseln müssen nun für teures Geld wiederhergestellt werden. Ein völliger Irrsinn!

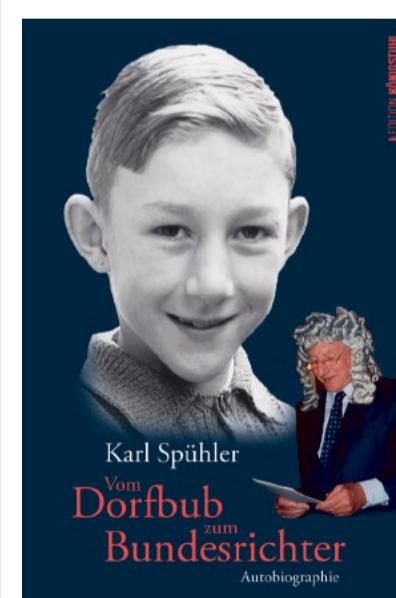
Fazit für uns: Mit drei Tagen Paracycling- und Rad-WM und geringen Einschränkungen für Bürger und Gewerbe hätten wir leben können. Dieser überdimensionierte Anlass war zu viel des vermeintlichen Guten. Er freute primär unsere Classe politique, die an VIP-Aperos die Gläser klingen lassen konnte. Dahingegen wurden Bürger und Gewerbe schikaniert und ein massiver wirtschaftlicher Schaden verursacht.

Abschliessend möchte ich nochmals betonen: Es ist wichtig, das Grossanlässe stattfinden können. Es ist uns aber auch wichtig, dass die Gemeinden, das Gewerbe und die Direktbetroffenen künftig stärker einbezogen werden und Einschränkungen so gering wie möglich gehalten werden. Die SVP steht mit den Gemeinden und dem Gewerbe im Gespräch, um einen entsprechenden Vorstoss vorzubereiten.

Hier geht's zum Video aus der Kantonsratsitzung:



Ein Juristen-Leben



160 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, CHF/EURO 24.–
Direkt zu bestellen im Shop der Website www.editionkoenigstuhl.com oder in jeder Buchhandlung



«Eine eindrückliche Autobiographie!»

Arbeitsethos, Bescheidenheit, volksnaher Humor und Verantwortung für das Ganze sind der Nährboden für eine Juristenkarriere, die den im ländlichen Raum aufgewachsenen Autor bis zum Amt eines Bundesrichters und Professors an der Universität Zürich führte.

EDITION KÖNIGSTUHL



Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

POLITIK TRIFFT GEWERBE

Ehemalige Räte erleben interessante Führung

Am 19. September trafen sich knapp drei Dutzend ehemalige Räte bei der Firma Schindler & Scheibling in Saland. Nach dem obligaten Kaffee im Fest-Chalet starteten drei Gruppen zu den Führungen durch die innovative Firma.

svp. Die fünfköpfige Geschäftsleitung ist mit durchschnittlich 37 Jahren sehr jung und hat mit 140 Mitarbeitenden offensichtlich erkannt, wie Fachkräfte gewonnen und motiviert werden können.

Was mit dem Rohstoff Holz alles möglich ist und wie die Wertschöpfungskette Holz Region Zürcher Oberland davon profitieren kann, durften wir vor Ort erfahren und beobachten. Modernste Maschinen bauen Teile zu Elementen zusammen. Ganze Häuser entstehen und können auf dem Bauplatz in kurzer Zeit zusammengefügt werden. Das Ganze basiert auf genauer Planung und Energiewerte und Ökobilanz sind erstaunlich. Die Produktion des Holz-Echt-Systems (Verarbeitung von Holz nur aus dem Zürcher Oberland ohne

Leim, Kunststoff und Metall) war ebenso eindrücklich wie der Käse-Humidor, der in verschiedenen Geschäften im Einsatz steht.

Informationen aus der Politik

Beim offerierten Apéro begrüßte die Pfäffiker Gemeinderätin Rajka Frei die Gruppe und stellte kurz den Bezirk und die SVP vor. Danach sprach der Gemeindepräsident von Bauma, Andreas Sudler, parteilos, der das feine Dessert spendierte. Das anschliessende Essen bot Gelegenheit für den Austausch unter Ehemaligen. Kantonalpräsident, Kantonsrat Domenik Ledergerber, erklärte, wie abgewiesene Asylbewerber ausgeflogen werden. Eine äusserst aufwendige Arbeit, bei der die Sicherheitskräfte bis zum Äussersten gefordert sind,

was grosse Wertschätzung verdient. Es wäre zu schön, wenn die Zuwanderung endlich begrenzt werden könnte, war seine klare Folgerung dieses Erlebnisses. Der Applaus war ihm sicher. Nicht nur für seine Meinung, sondern auch für die immense Arbeit, die er als Präsident der SVP Kanton Zürich leistet.

Ein spezieller Dank ging an die Sponsoren, die Firma Schindler & Scheibling, die Gemeinde Bauma und die SVP Bezirk Pfäffikon. Ohne diese wäre ein solcher Anlass nicht möglich. Und dem OK Ueli Betschart, Felix Hess und Theires Weber-Gachnang wurde für die Idee und die Umsetzung dieses interessanten und gemütlichen Treffens gedankt. Die Zeit verging wie im Flug und man war sich einig – ein nächstes Treffen soll schon bald wieder stattfinden.



Das alljährliche Alträtetreffen erfreut sich grosser Beliebtheit.

Bild: zVg



Schindler & Scheibling verfügt über die modernste, vollautomatisierte Produktionsstrasse im Holzbau. Bild: zVg

BEZIRKSBEHÖRDENKONFERENZ SVP WINTERTHUR

Wo drückt der Schuh?

«Die KMU bilden das wirtschaftliche Rückgrat unserer Gesellschaft und schaffen nicht nur die regional benötigten Jobs, sondern halten sie auch», appelliert Peter Uhlmann, Organisator der Bezirksbehördenkongress, an die zahlreich erschienenen Behördenmitglieder und fährt im gleichen Atemzug mit der Frage fort: «Wo drückt der Schuh?» Die Behördenmitglieder sollen von Amtes wegen ein offenes Ohr für die Anliegen der KMU haben, denn diese leiden unter der weiter zunehmenden Bürokratie – und sei es nur die Abgabe einer weiteren Statistik – und dem Umstand, dass der Staat, der mittlerweile mehr Arbeitsstellen schafft als die Privatwirtschaft, einen höheren Lohn für dieselbe Arbeit anbietet als es KMU finanziell verkraften könnten, womit die Arbeitnehmenden vermehrt von der Privatwirtschaft zum staatlichen Anstellungsverhältnis abwandern.

Schreinerei Huss ist Gastgeber

Diese Herausforderungen kennt Stefan Huss, Leiter der Schreinerei Huss in Wiesendangen und Gastgeber der diesjährigen Konferenz, nur allzu gut. Er führt das Familienunternehmen, das im Jahr 1842, sprich noch vor dem Sonderbundskrieg und der darauffolgenden Annahme einer Bundesverfassung, vom Ururur-Grossvater gegründet wurde, bereits in der sechsten Generation. Dieses KMU zählt – neben ihm und seiner Frau – insgesamt vier Mitarbeiter, wobei drei davon unmittelbar in Wiesendangen beheimatet sind.

Ausser mit Privatkunden arbeitet die Schreinerei Huss auch oft mit Bauherren und Architekten zusammen, wobei sich das Unternehmen vorwiegend auf den Innenausbau und Renovationen sowie auf Möbel und Küchen nach Mass fokussiert.

Die anwesenden Behördenmitglieder kamen in den Genuss eines Firmenrund-

gangs und Stefan Huss stellte sich geduldig den vielfältigen Fragen. Schon beim Betreten der Werkstätte stieg einem sofort dieser vertraute Duft in die Nase, eine Mischung aus Holz und Leim, und auch die altgedienten Werkbänke, die so mancher noch aus dem Werkunterricht während der eigenen Schulzeit kennt, stehen neben beeindruckenden Maschinen, die das Handwerk mit Sicherheit erleichtern. Nichtsdestotrotz setzt der Chef nicht nur auf das traditionsreiche Schreinerhandwerk, sondern auch – im Sinne eines zweiten Standbeins – auf die Vermietung von Lagerräumen, die auf dem eigenen Areal untergebracht sind.

Aktuelle Themen aus dem Kantonsrat

Nach diesem lehrreichen Rundgang berichtete Fraktionspräsident Tobias Weidmann über die aktuellen Themen des Kantonsrats und betonte die einfache, aber einleuchtende Grundregel, die aber

von anderen Parteien des Öfteren nicht verstanden wird. «Wer mehr Steuer-Substrat erhalten will, der muss die Steuern senken», erklärte das kantonale Ratsmitglied. Je tiefer die Steuern sind, desto eher verbleiben die Unternehmen im Kanton. Im Anschluss erwartete die Anwesenden ein Abendessen der besonderen Art: Die Würmli AG, ein KMU aus Gundetwil, verwöhnte ihre Gäste mit Kartoffelsalat, einer beachtlichen Auswahl an Brot und Spezialitäten vom Grill sowie mit einer frischen Cremeschnitte zum Dessert.

Die Süsse dieser Cremeschnitte mag vergänglich sein, doch das dankende Schlusswort von Nationalrat Martin Hübscher an die Behördenmitglieder bleibt durchaus länger in Erinnerung: «Ihr seid das Wichtigste und beweist, dass man auf dieser Ebene viel bewegen kann.»

Kevin Kübler, Redaktor, SVP Bezirkvorstand Winterthur



V.l.n.r.: Stadtpräsident Marco Graf, Stefan und Barbara Huss, NR Martin Hübscher, KR Tobias Weidmann und Organisator Peter Uhlmann.

SVP BASSERSDORF – GENERALVERSAMMLUNG

Gemeinderatswahlen / Asylunterkünfte

Die Generalversammlung der SVP Bassersdorf fand dieses Jahr später als üblich statt. Neben den statutarischen Geschäften standen zwei Hauptthemen im Fokus.

Für die Ersatzwahl in den Gemeinderat präsentieren wir mit unserem neuen Vorstandsmitglied Biagio Rizzo einen erfahrenen Führungskandidaten. Biagio, seit 13 Jahren im Ortsteil Baltenswil ansässig, engagiert sich in verschiedenen Vereinen. Als Inhaber und Geschäftsführer eines KMU bringt er die erforderlichen Kompetenzen für das Amt mit. Die Versammlung nominierte ihn einstimmig.

Gescheiterte Asylpolitik

Bei der Parolenfassung zum 6-Millionen-Franken-Kredit für eine Asylunterkunft im Quartier Ufmatten entbrannte eine lebhafte Diskussion. Letztlich sprach sich die Mehrheit gegen diese Urnenvorlage vom 24. November aus.

Die Hauptgründe für die Ablehnung waren Bedenken hinsichtlich der als

gescheitert empfundenen Schweizer Asylpolitik, die hohen Kosten angesichts des knappen Gemeindebudgets sowie Fragen zur Standortwahl inmitten eines Wohngebiets. Der Vorschlag sieht einen Bau mit einer Nutzungsdauer von zwanzig Jahren vor. Die Sicherheit der Anwohner hängt dabei massgeblich von den künftigen Bewohnern ab. Gegenwärtig ist dies noch kein akutes Thema – aber wie sieht es in fünf Jahren aus, wenn die Mehrheit der Flüchtlinge mit Schutzstatus S in ihre Heimat zurückgekehrt sein wird?

Im Anschluss an die Versammlung fand ein Apéro riche statt, der Gelegenheit für zahlreiche anregende Gespräche bot.

Heinz Bohli,
Präsident SVP Bassersdorf

JÄHRLICHER AUSTAUSCH ZUR ZUSAMMENARBEIT

Treffen Zürcher Nationalräte und Büro Parteileitung

Am vergangenen Sonntagvormittag haben sich zahlreiche Nationalräte und die Mitglieder des Büros Parteileitung zum konstruktiven Gespräch in Uitikon getroffen.

svp. Die Zürcher SVP-Nationalräte und die Mitglieder des Büros Parteileitung haben sich auch dieses Jahr am vergangenen Sonntagmorgen zum strategischen Austausch getroffen.

Dieser ist wichtig, um die politische Durchsetzung der Politik der SVP sowohl auf kantonaler wie auch eidgenössischer Ebene zu erhöhen. Die Kombination mit einem feinen Sonntags-

brunch ist gelungen und hat wichtige Erkenntnisse gebracht, die die SVP des Kantons Zürich in die politische Arbeit einfließen lassen wird. Bereits wurde der Termin für das nächste Jahr im Raum Uster fixiert.

Anschliessend an das Treffen besuchten einige der anwesenden Mandatsträger das Absenden beim SVP-Schieszen in Mettmenstetten.



Der jährliche Austausch zwischen unseren Nationalräten und dem Büro Parteileitung brachte wichtige Erkenntnisse.

Bild: zVg



Die SVP Birmensdorf lädt zum Grill!

Geschätzte Birmensdorferinnen und Birmensdorfer

Die SVP Birmensdorf lädt sie herzlich zum diesjährigen Polit-Grill am Samstag, den 5.10.24, ab 18.30 in der Waldhütte Ettenberg ein. Unser Gastreferent, Kantonsrat Tobias Weidmann, wird über Migration und die Drittstaatenlösung sprechen. Wurst und Getränke werden angeboten. Wir würden uns sehr über ein zahlreiches Erscheinen freuen!

Das Wichtigste in Kürze:

Wann: 5.10.24, ab 18.30
Wo: Waldhütte Ettenberg, Birmensdorf
Was wird geboten: Ein spannendes Referat, Wurst & Getränke



Um eine Anmeldung (Name und Anzahl Personen) wird bis 30.9.24 gebeten: yannik.haelg@svp-birmensdorf.ch oder 076 434 22 34

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Der Vorstand der SVP Birmensdorf

ÄRGERNISSE BEI DER RAD-WM

Die kantonale Politik hat vieles aufzuarbeiten

Nach der Rad-WM haben Stadt und Kanton Zürich viel aufzuarbeiten. Der Kanton Zürich hatte zu diesem Grossanlass nichts zu sagen. Der Kantonsrat wurde von der Regierung nie befragt. Vor allem hätte man gerne gewusst, was der finanzielle und logistische Aufwand für die einzelnen Gemeinden bedeutet.

rw. Wohlverstanden, bei dieser Kritik geht es nicht um den tragischen Tod einer Radrennfahrerin. Sicher hätte man in dieser Krisensituation anders kommunizieren müssen. Aber diese Abklärungen liegen bei den Gremien der Justiz.

Zusätzliche Para-WM war unnötig

Erstmals in der Geschichte wurden die Para-Wettbewerbe zeitlich und örtlich in die Rad-WM integriert. Total wurden 66 Medaillensätze vergeben. Die Inklusion der Para-Athleten war der ausdrückliche Wunsch der Stadt und des Kantons Zürich und keine Vorgabe des Rad-Weltverbands UCI.

Umso absurd ist das Verhalten des Kantons, der bis heute keine klare finanzielle Stellungnahme abgegeben hat. Und: Haben sich die Veranstalter, Stadt und Kanton mit der zusätzlichen

Übernahme der Para-WM nicht zu viel aufgeladen?

«Grosses Fest für das Velo»

Das Budget beträgt laut Veranstaltern 22 Millionen Franken. Den allergrößten Teil dafür liefert die öffentliche Hand (Stadt, Kanton und Bund). Wie hoch der Anteil des Kantons ist, ist aber nirgends zu erfahren. Experten gehen davon aus, dass die Wertschöpfung bis zu dreimal höher sein könnte. Die WM ist der grösste Sportevent auf Schweizer Boden seit der Fussball-EM 2008. Vor allem in der Stadt Zürich war überall zu merken, dass das Motto nicht nur ein Fest für das Velo, sondern vor allem ein «Kampf gegen das Auto und das Gewerbe» war.

Rad-WM als quasi Arbeitsverbot?

Die Rad-WM brachte zahlreiche Ausnahmesituationen, auf die die Behör-

den eigentlich das Volk hätten vorbereiten müssen. Das geschah jedoch weitgehend nicht. In der Region wurden zahlreiche wichtige Strassen gesperrt. Das erschwerte es vielen Unternehmen enorm, ihr Angebot aufrechtzuerhalten. Ob Garagen, Friseursalons oder kleinere Konsumbetriebe, alle wurden von diesem Grossereignis in Mitleidenschaft gezogen. Lieferketten wurden unterbrochen. Haben das die Veranstalter und der Kanton wirklich alles vorher kommuniziert? Schwere Zweifel sind angebracht. Während der für Sport zuständige Regierungsrat meinte, sich im Schweiz-T-Shirt in der VIP-Zone präsentieren zu müssen, hätten er und der Kanton lieber ihre Hausaufgaben machen müssen. Dass die Stadt inzwischen auto- und gewerbefeindlich geworden ist, weiss man. Hier hätte der Kanton der Stadt Paroli bieten müssen!

MEDIENMITTEILUNG FREIE LANDSCHAFT ZÜRICH

Soll so der Pfannenstiel aussehen?

Zahlreiche Landschaften, Erholungsgebiete und einmalige Naturwerte im Kanton Zürich sind durch die Windkraftpläne der Baudirektion bedroht, so auch der Pfannenstiel und das ganze rechte Zürichsee-Ufer, wo in vier Gebieten insgesamt 17 Turbinen errichtet werden sollen.

Freie Landschaft Zürich hat eine animierte, photorealistische Visualisierung dieser vier Gebiete erstellen lassen. Die Visualisierung basiert auf präzisen Geodaten von swisstopo und existierenden Windkraftanlagen (Enercon E-138, Gesamthöhe 220 Meter) und zeigt damit realitätsgerecht, welche Auswirkungen die geplanten Windturbinen auf das Landschaftsbild hätten.

Die komplette animierte Visualisierung finden Sie hier: <https://freie-landschaft.wistia.com/medias/hxqqcqvshg>.

Die massiven Auswirkungen solcher Turbinen stehen in keinem Verhältnis zu ihrem sehr bescheidenen Nutzen. So würden, gemäss der sehr optimistischen Schätzung der Baudirektion, alle vier Gebiete zusammen jährlich 142 GWh Strom produzieren. Dies wäre knapp mehr als die Jahresproduktion der KVA Hagenholz (126 GWh) bzw. lediglich 45% der Jahresproduktion des Flusskraftwerkes in Eglisau (318 GWh). Mit der Stromproduktion aller 17 Turbinen liesse sich das Rechenzentrum in Beringen/SH (Jahresverbrauch 350 GWh) gerade einmal knappe fünf Monate im Jahr betreiben.

Um die grossartige Landschaft des rechten Zürichsee-Ufers zu schützen, wurde in der Vergangenheit (berechtigterweise) auf wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten und Infrastrukturprojekte verzichtet, deren Bedeutung weit über die hier erhoffte Stromproduktion hinausgegangen wäre:

- In der Gewerbezone Biswind in den Gemeinden Herrliberg und Erlenbach, welche das Kantonsparlament 2014 verworfen hat, hätten 100 Arbeitsplätze angesiedelt werden können.
- Im Eichholz in Feldmeilen hätte 1970 auf 20 Hektaren ein Zentrum des Weltkonzerns Alusuisse mit bis zu 5000 Arbeitsplätzen entstehen sollen. Das Projekt wurde aus Gründen des Naturschutzes vehement bekämpft und schlussendlich Mitte der Siebzigerjahre fallengelassen.
- In den Siebzigerjahren wurde eine vierstrigige Schnellstrasse am Pfannenstiel parallel zum Seeufer geplant, welche die Seestrasse entlastet hätte. Dies stieß aber aus Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes auf Widerstand. Die Pläne für diese Strasse wurden 1981 fallengelassen.



Blick von Zürich Enge gegen Zollikon, Küschnacher Berg und Pfannenstiel.

Bild: zVg

Es wäre auch vor diesem Hintergrund unverständlich, das schon mehrfach vor dem Bau- und Wachstumswahn gerettete Gebiet jetzt für ein energetisches Linsengericht zu opfern!

Man sollte sich nicht dadurch in falsche Sicherheit wiegen lassen, dass die vier Gebiete nur im Status «Zwischenergebnis» im Richtplan eingetragen werden sollen. Dies bedeutet lediglich, dass diese Gebiete von der Baudirektion nach wie vor als geeignet eingestuft werden und nur technisch lösbares Konfliktpotenzial mit Interessen der Aviatrik vorläufig einer definitiven Festsetzung im Weg steht. D.h., dass z.B. nach einer

Verlegung von Flugrouten oder einer technischen Aufrüstung von Radaranlagen die vier Gebiete definitiv festgesetzt und da Windturbinen errichtet werden könnten. Wie schnell dies geschehen kann, zeigt das Beispiel des Kantons St. Gallen, wo drei im Mitwirkungsentwurf noch als «Vororientierung» aufgeführte Gebiete vor wenigen Tagen definitiv im Richtplan festgesetzt worden sind.

Die Vernehmlassungsfrist für die Richtplananpassung im Kanton Zürich läuft noch bis am 31. Oktober. Freie Landschaft Zürich fordert alle Personen und Organisationen, die den Windkraftplänen kritisch gegenüberstehen, auf, den verbleibenden Monat zu nutzen, um sich aktiv an der Vernehmlassung zu beteiligen und Stellungnahmen einzureichen. Auf unserer Webseite geben wir dafür Hilfestellung: <https://fl-zh.ch/#richtplan>.

Weitere Informationen finden sich auch auf unserer Webseite fl-zh.ch und für weitere Auskünfte und Rückfragen stehe ich sehr gerne zur Verfügung.

Martin Maletinsky,
Präsident Freie Landschaft Zürich

Ein Glas Wein mit der SVP Zumikon

und unseren Nationalräten
Nina Fehr Düsel und
Gregor Rutz



Die SVP Zumikon lädt alle zum gemütlichen Sessionsrapport am Cheminéefeuer ein. **Getränke** sind offeriert.

Ort: Cheminéeraum, Gemeindesaal Zumikon

Datum: 28. Oktober 2024 ab 19:00 Uhr

Anmeldung: gerard.olivary@bluewin.ch

Die SVP und ihre Behördenvertreter freuen sich auf gute Gespräche und ein gemütliches Zusammensein!

Danke für Ihre finanzielle Unterstützung!

SVP Zumikon
8126 Zumikon
CH44 0070 0110 0012 8002 5
Zürcher Kantonalbank
www.svp-zumikon.ch





WAS IST GESCHEHEN?

Unterschriften-Bschiss



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

genau erinnern, ob sie den Bogen schon einmal unterzeichnet haben. Dann wird die zweite Unterschrift durch die Gemeinde ausgesondert.

Linke Politiker rufen nach dem Verbot bezahlter Unterschriften. Doch diese Linken reichen ebenfalls bezahlte Unterschriften ein. Erfahrungsgemäss beträgt der Aufwand bei Initiativen und Referenden fünf Franken pro Unterschrift; gleichgültig, auf welche Weise man sammelt. Manche Nicht-Regierungsorganisationen und Hilfswerke, die Initiativen lancieren, leben von Steuergeldern. Und sie bezahlen die Unterschriften mit Steuergeldern. Dies im Gegensatz beispielsweise zu einer «Pro Schweiz», die sich für Unabhängigkeit und Neutralität einsetzt und die Kosten selber bezahlt muss.

Offenbar stellte man auf den gesammelten Unterschriftenbögen verschiedener Volksinitiativen einen überraschend hohen Anteil an ungültigen Unterschriften fest. Sie wurden vor Einreichung der Initiativen ausgeschieden.

Für die ganz grosse Aufregung besteht also kein Anlass. Die Überprüfung durch die Gemeinden hat funktioniert. Zudem: Nicht bei jeder ungültigen Unterschrift ist Betrug im Spiel.

Oft unterschreiben die Bürger zweimal, weil sie sich begreiflicherweise nach 18 Monaten nicht mehr

genau erinnern, ob sie den Bogen schon einmal unterzeichnet haben. Dann wird die zweite Unterschrift durch die Gemeinde ausgesondert.

Linke Politiker rufen nach dem Verbot bezahlter Unterschriften. Doch diese Linken reichen ebenfalls bezahlte Unterschriften ein. Erfahrungsgemäss beträgt der Aufwand bei Initiativen und Referenden fünf Franken pro Unterschrift; gleichgültig, auf welche Weise man sammelt. Manche Nicht-Regierungsorganisationen und Hilfswerke, die Initiativen lancieren, leben von Steuergeldern. Und sie bezahlen die Unterschriften mit Steuergeldern. Dies im Gegensatz beispielsweise zu einer «Pro Schweiz», die sich für Unabhängigkeit und Neutralität einsetzt und die Kosten selber bezahlt muss.

Offenbar stellte man auf den gesammelten Unterschriftenbögen verschiedener Volksinitiativen einen überraschend hohen Anteil an ungültigen Unterschriften fest. Sie wurden vor Einreichung der Initiativen ausgeschieden.

Für die ganz grosse Aufregung besteht also kein Anlass. Die Überprüfung durch die Gemeinden hat funktioniert. Zudem: Nicht bei jeder ungültigen Unterschrift ist Betrug im Spiel.

Oft unterschreiben die Bürger zweimal, weil sie sich begreiflicherweise nach 18 Monaten nicht mehr

genau erinnern, ob sie den Bogen schon einmal unterzeichnet haben. Dann wird die zweite Unterschrift durch die Gemeinde ausgesondert.

Linke Politiker rufen nach dem Verbot bezahlter Unterschriften. Doch diese Linken reichen ebenfalls bezahlte Unterschriften ein. Erfahrungsgemäss beträgt der Aufwand bei Initiativen und Referenden fünf Franken pro Unterschrift; gleichgültig, auf welche Weise man sammelt. Manche Nicht-Regierungsorganisationen und Hilfswerke, die Initiativen lancieren, leben von Steuergeldern. Und sie bezahlen die Unterschriften mit Steuergeldern. Dies im Gegensatz beispielsweise zu einer «Pro Schweiz», die sich für Unabhängigkeit und Neutralität einsetzt und die Kosten selber bezahlt muss.

Offenbar stellte man auf den gesammelten Unterschriftenbögen verschiedener Volksinitiativen einen überraschend hohen Anteil an ungültigen Unterschriften fest. Sie wurden vor Einreichung der Initiativen ausgeschieden.

Für die ganz grosse Aufregung besteht also kein Anlass. Die Überprüfung durch die Gemeinden hat funktioniert. Zudem: Nicht bei jeder ungültigen Unterschrift ist Betrug im Spiel.

Oft unterschreiben die Bürger zweimal, weil sie sich begreiflicherweise nach 18 Monaten nicht mehr

genau erinnern, ob sie den Bogen schon einmal unterzeichnet haben. Dann wird die zweite Unterschrift durch die Gemeinde ausgesondert.

Linke Politiker rufen nach dem Verbot bezahlter Unterschriften. Doch diese Linken reichen ebenfalls bezahlte Unterschriften ein. Erfahrungsgemäss beträgt der Aufwand bei Initiativen und Referenden fünf Franken pro Unterschrift; gleichgültig, auf welche Weise man sammelt. Manche Nicht-Regierungsorganisationen und Hilfswerke, die Initiativen lancieren, leben von Steuergeldern. Und sie bezahlen die Unterschriften mit Steuergeldern. Dies im Gegensatz beispielsweise zu einer «Pro Schweiz», die sich für Unabhängigkeit und Neutralität einsetzt und die Kosten selber bezahlt muss.

Offenbar stellte man auf den gesammelten Unterschriftenbögen verschiedener Volksinitiativen einen überraschend hohen Anteil an ungültigen Unterschriften fest. Sie wurden vor Einreichung der Initiativen ausgeschieden.

Für die ganz grosse Aufregung besteht also kein Anlass. Die Überprüfung durch die Gemeinden hat funktioniert. Zudem: Nicht bei jeder ungültigen Unterschrift ist Betrug im Spiel.

Oft unterschreiben die Bürger zweimal, weil sie sich begreiflicherweise nach 18 Monaten nicht mehr

genau erinnern, ob sie den Bogen schon einmal unterzeichnet haben. Dann wird die zweite Unterschrift durch die Gemeinde ausgesondert.

Linke Politiker rufen nach dem Verbot bezahlter Unterschriften. Doch diese Linken reichen ebenfalls bezahlte Unterschriften ein. Erfahrungsgemäss beträgt der Aufwand bei Initiativen und Referenden fünf Franken pro Unterschrift; gleichgültig, auf welche Weise man sammelt. Manche Nicht-Regierungsorganisationen und Hilfswerke, die Initiativen lancieren, leben von Steuergeldern. Und sie bezahlen die Unterschriften mit Steuergeldern. Dies im Gegensatz beispielsweise zu einer «Pro Schweiz», die sich für Unabhängigkeit und Neutralität einsetzt und die Kosten selber bezahlt muss.

Offenbar stellte man auf den gesammelten Unterschriftenbögen verschiedener Volksinitiativen einen überraschend hohen Anteil an ungültigen Unterschriften fest. Sie wurden vor Einreichung der Initiativen ausgeschieden.

Für die ganz grosse Aufregung besteht also kein Anlass. Die Überprüfung durch die Gemeinden hat funktioniert. Zudem: Nicht bei jeder ungültigen Unterschrift ist Betrug im Spiel.

Oft unterschreiben die Bürger zweimal, weil sie sich begreiflicherweise nach 18 Monaten nicht mehr

genau erinnern, ob sie den Bogen schon einmal unterzeichnet haben. Dann wird die zweite Unterschrift durch die Gemeinde ausgesondert.

Linke Politiker rufen nach dem Verbot bezahlter Unterschriften. Doch diese Linken reichen ebenfalls bezahlte Unterschriften ein. Erfahrungsgemäss beträgt der Aufwand bei Initiativen und Referenden fünf Franken pro Unterschrift; gleichgültig, auf welche Weise man sammelt. Manche Nicht-Regierungsorganisationen und Hilfswerke, die Initiativen lancieren, leben von Steuergeldern. Und sie bezahlen die Unterschriften mit Steuergeldern. Dies im Gegensatz beispielsweise zu einer «Pro Schweiz», die sich für Unabhängigkeit und Neutralität einsetzt und die Kosten selber bezahlt muss.

Offenbar stellte man auf den gesammelten Unterschriftenbögen verschiedener Volksinitiativen einen überraschend hohen Anteil an ungültigen Unterschriften fest. Sie wurden vor Einreichung der Initiativen ausgeschieden.

Für die ganz grosse Aufregung besteht also kein Anlass. Die Überprüfung durch die Gemeinden hat funktioniert. Zudem: Nicht bei jeder ungültigen Unterschrift ist Betrug im Spiel.

Oft unterschreiben die Bürger zweimal, weil sie sich begreiflicherweise nach 18 Monaten nicht mehr

genau erinnern, ob sie den Bogen schon einmal unterzeichnet haben. Dann wird die zweite Unterschrift durch die Gemeinde ausgesondert.

Linke Politiker rufen nach dem Verbot bezahlter Unterschriften. Doch diese Linken reichen ebenfalls bezahlte Unterschriften ein. Erfahrungsgemäss beträgt der Aufwand bei Initiativen und Referenden fünf Franken pro Unterschrift; gleichgültig, auf welche Weise man sammelt. Manche Nicht-Regierungsorganisationen und Hilfswerke, die Initiativen lancieren, leben von Steuergeldern. Und sie bezahlen die Unterschriften mit Steuergeldern. Dies im Gegensatz beispielsweise zu einer «Pro Schweiz», die sich für Unabhängigkeit und Neutralität einsetzt und die Kosten selber bezahlt muss.

Offenbar stellte man auf den gesammelten Unterschriftenbögen verschiedener Volksinitiativen einen überraschend hohen Anteil an ungültigen Unterschriften fest. Sie wurden vor Einreichung der Initiativen ausgeschieden.

Für die ganz grosse Aufregung besteht also kein Anlass. Die Überprüfung durch die Gemeinden hat funktioniert. Zudem: Nicht bei jeder ungültigen Unterschrift ist Betrug im Spiel.

Oft unterschreiben die Bürger zweimal, weil sie sich begreiflicherweise nach 18 Monaten nicht mehr

genau erinnern, ob sie den Bogen schon einmal unterzeichnet haben. Dann wird die zweite Unterschrift durch die Gemeinde ausgesondert.

Linke Politiker rufen nach dem Verbot bezahlter Unterschriften. Doch diese Linken reichen ebenfalls bezahlte Unterschriften ein. Erfahrungsgemäss beträgt der Aufwand bei Initiativen und Referenden fünf Franken pro Unterschrift; gleichgültig, auf welche Weise man sammelt. Manche Nicht-Regierungsorganisationen und Hilfswerke, die Initiativen lancieren, leben von Steuergeldern. Und sie bezahlen die Unterschriften mit Steuergeldern. Dies im Gegensatz beispielsweise zu einer «Pro Schweiz», die sich für Unabhängigkeit und Neutralität einsetzt und die Kosten selber bezahlt muss.

Offenbar stellte man auf den gesammelten Unterschriftenbögen verschiedener Volksinitiativen einen überraschend hohen Anteil an ungültigen Unterschriften fest. Sie wurden vor Einreichung der Initiativen ausgeschieden.

Für die ganz grosse Aufregung besteht also kein Anlass. Die Überprüfung durch die Gemeinden hat funktioniert. Zudem: Nicht bei jeder ungültigen Unterschrift ist Betrug im Spiel.

Oft unterschreiben die Bürger zweimal, weil sie sich begreiflicherweise nach 18 Monaten nicht mehr

genau erinnern, ob sie den Bogen schon einmal unterzeichnet haben. Dann wird die zweite Unterschrift durch die Gemeinde ausgesondert.

Fadegrad

von
Stefan Urech

Zensurversuch im Gemeinderat

Wenn eine im Gemeinderat behandelte Vorlage zur Volksabstimmung gelangt, dürfen die Parteien jeweils eine selbst formulierte Empfehlung im Abstimmungsbüchlein platzieren. Dieses wird von der Stadt an die Stimmrechtfertigten verschickt. Das Recht der Parteien, eine Stellungnahme abzugeben, basiert auf einer Vereinbarung zwischen dem Gemeinde- und dem Stadtrat. Allerdings muss die Abstimmungsempfehlung vorher jeweils zwei Kontrollen durchlaufen: Zuerst prüft sie der Stadtrat und anschliessend die Geschäftsleitung des Gemeinderats auf «offensichtlich wahrheitswidrige Inhalte» und «Ehrverletzungen». Während letzteres praktisch nie zu einem Problem wird, ist die Klärung der Wahrheit aus politischer Perspektive oft weniger eindeutig. So kommt es in der Geschäftsleitung (hinter verschlossenen Türen) regelmässig zu heftigen Diskussionen zwischen der rotgrünen Mehrheit, die der bürgerlichen Minderheit diktieren will, wie sie ihre Abstimmungsempfehlungen zu formulieren hat. Eine solche Diskussion ist vorletzten Mittwoch aus dem Ruder gelaufen und deshalb ausnahmsweise an der Gemeinderatssitzung an die Öffentlichkeit getragen worden. Es ging dabei um die Reaktion der FDP auf die Volksinitiative «Tschüss Genderstern». Diese von Susanne Brunner, Co-Präsidentin der SVP Stadt Zürich, lancierte Initiative will das linke Sprachdiktat abschaffen. Der Stadtrat hatte gegen den Standpunkt der FDP nichts einzuwenden. Doch die Geschäftsleitung des Gemeinderats wollte den wohl nicht im Gender-Sprachdiktat abgefassten Text à tout prix nicht zur Publikation freigeben. Im Rat wehrte sich die FDP mit Unterstützung der SVP gegen die Zensurversuche von Rotgrün und drohte mit rechtlichen Schritten, falls die Meinungsäusserungsfreiheit nicht respektiert werde. Der Fraktionschef der FDP, Michael Schmid, sprach von einer «willkürlichen und skandalösen Kompetenzverletzung» der Geschäftsleitung und betonte, dass die «freie Meinungsäusserung eine elementare Voraussetzung für die freie Willensbildung und damit für die Demokratie unverzichtbar» sei. Eine AL-Sprecherin brachte anschliessend das Demokratieverständnis der Linken auf den Punkt. Sie beharrte darauf, dass es «grundätzlich kein Recht auf einen Minderheitsstandpunkt» gebe, solange dieser die rotgrüne Gesinnungsprüfung nicht bestehre. Doch eine Woche später knickte die linke Ratsmehrheit ein und bewilligte schlussendlich den Text, wohl aus Furcht vor dem drohenden Rechtsverfahren. Beim Zensurversuch ging es offenbar um zwei Wörter, die aus dem Text hätten gestrichen werden sollen, mehr wurde nicht bekannt gegeben. Bei der Lektüre des nächsten Abstimmungsbüchleins können Sie rätseln, um welche es sich handeln könnte.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Linksgrüner Demonstrationswahnsinn

In der Stadt Zürich ist alles erlaubt, wenn man vom linksgrünen Lager stammt!

Michele Romagnolo
Gemeinderat SVP
Zürich

Am Freitag, 20. September 2024, haben ca. 150 Vermummte und Linksextremisten das Kasernenareal besetzt. Am Samstagabend veranstalteten sie eine illegale Technoparty.

Die Zürcher Stadtpolizei liess die Besetzer auf der Kasernenwiese bis auf Weiteres gewähren, trotz Art. 10 Abs.1 des Straf- und Justizvollzugsgesetzes, in dem ausdrücklich steht: «Wer sich bei bewilligungspflichtigen Versammlungen, Demonstrationen und sonstigen Menschenansammlungen auf öffentlichem Grund unerkenntlich macht, wird mit einer Busse bestraft. Die Untersuchung und Beurteilung der Überschreitung steht dem Stadthalteramt zu.»

Wiederholte Ausschreitungen mit massiven Sachschäden

Es ist nicht das erste Mal, dass Stadträtin Karin Rykart verschiedene Demonstrationen zulässt und toleriert, sodass die Chaoten beziehungsweise Hooligans bei ihren Streifzügen Sachschäden über mehrere 100 000 Fr. anrichten. Dazu will die Stadträtin den Schaden, welcher den Eigentümern entstanden ist, nicht vergüten; dieser bleibt somit an den Steuerzahldern hängen.

In den letzten Jahren fanden in Zürich 25 Demonstrationen statt, die aus dem Ruder gelaufen und mit sehr hohen Sachschäden in Millionenhöhe einhergegangen sind. Einige Beispiele für illegale Demonstrationen mit Sachschäden und Gewalt:

- Die Kocharealräumung mit mehreren 100 000 Fr. Sachschäden. Die Stadträtin meinte, dass dies verhältnismässig gewesen sei. Sie verharmlost den Frauenstreik vom 14. Juni 2023, auch hier mit beträchtlichem Sachschaden.
- Anti-WEF-Protest vom 17. Januar 2023, bei dem über 200 Aktivisten Haus-

fassaden versprüht haben. Die Polizei ist mit einem Grossaufgebot ausgerückt und wurde dabei mit pyrotechnischen Gegenständen angegriffen und verletzt.

- Am 20. Januar 2024 kam es zu einem Polizeieinsatz in Schwamendingen und am Schaffhauserplatz, bei dem über 200 wütende und verummigte Gewalt-Chaoten ihrer Wut freien Lauf liessen. Die Angreifer stürmten die Trams und beschädigten alles, was ihnen in die Quere kam. Auch hier wurde die herbeigerufene Polizei mit Flaschen und Steinen beworfen. Bei dieser Ausschreitung wurde lediglich eine Person zur weiteren Abklärung auf den Polizeiposten gebracht.
- Am 9. März 2023 kam es zu einer unbewilligten Demonstration in den Kreisen 1 und 4. Auf ihrer Route haben die Demonstranten diverse Hausfassaden mit Sprayereien besudelt und zahlreiche Sachschäden verursacht.

Missachtung des Volkswillens

Nachdem am 3. März 2024 der Gegenvorschlag zur Anti-Chaoten-Initiative mit 64% angenommen wurde, präsentierte sich die grüne Sicherheitsvorsteherin der Stadt Zürich in einer Nacht- und Nebel-Aktion mit einem Vorschlag, der alle verärgert hat.

Nach dem Willen der Stadtregierung wird künftig für Demonstrationen mit bis zu 100 Personen keine Bewilligung mehr benötigt. Das Meldeverfahren wurde unbürokratisch vereinfacht und ist kostenfrei.

Die Sicherheitsvorsteherin scheint eine gewisse Freude und Erholung zu empfinden, wenn eine illegale Demonstration oder Technoparty stattfindet.

Sie schikaniert mit Dutzenden von Auflagen jedes kleine Quartierfest und auch das alteingesessene Züri Fäsch, wenn es aber um Klimaaktivisten geht, hat Frau Stadträtin immer ein grosses Herz und Goodwill.

Im Herbst 2021 haben die Klimaaktivisten die Stadt in Beschlag genommen. Obwohl sie keine Bewilligung erhalten haben, liess die Stadtpolizei sie gewähren und stellte sogar eine Toi-Toi-WC-Anlage zur Verfügung.

Wie lange müssen wir dies noch erdulden?

Es ist offensichtlich, dass Stadträtin Rykart hin- und hergerissen ist. Das neue Meldeverfahren ist eine Reaktion auf ihre ideologische Haltung gegenüber ihrer Partei und der Realität. Es liegt nicht in ihrer Absicht, ihre eigenen Leute zu vergraulen.

Es wäre am besten, wenn es für Demonstranten keine Auflagen geben würde. Solange die linke Mehrheit im Stadtparlament Zürich anhält, werden sich die linken Parteien durchsetzen. Folglich sind sie verantwortlich für das Schlamassel, das wir heute haben.

Es ist nicht das erste Mal, dass Sicherheitsvorsteherin Rykart in puncto Demonstrationen den Überblick verliert.



Die Zahl gewaltiger Demonstrationen hat ein besorgniserregendes Niveau erreicht.

Bild: Adobe Stock

AUS DEM WINTERTHURER GEMEINDERAT

Die Stadt muss die Investitionen in den Griff bekommen

Der Stadtrat legt für 2025 ein Budget vor, das einen Einnahmenüberschuss von 10 Millionen Franken und einen gleichbleibenden Steuerfuss vorsieht. Ist also in Winterthur finanziell alles in Ordnung? Keineswegs!

Christian Hartmann
Stadtparlamentarier und
Fraktionspräsident SVP
Winterthur

Der Plan sieht vor, dass die Stadt 128 neue Stellen schafft, davon allein 24 Stellen «infolge steigender Anmeldungen und Nachholbedarf» für «Familie und Betreuung» im Departement Schule und Sport der Grünen Stadträtin Martina Blum. Man schafft mit Steuergeldern ein grosszügiges Angebot, und wenn die Nachfrage steigt, wird dieses ohne Massnahmen aufrechterhalten.

Die SVP ist irritiert, dass der Stadtrat die 128 neuen Stellen sowie massive Kostensteigerungen bei Schule, Betreuung und Pflege lediglich mit einem Verweis auf Vorgaben von Bund und Kanton rechtfertigt. Sicher, vor allem der Kanton bestimmt in diesen Bereichen zu einem grossen Teil, welche Leistungen die Stadt zu erbringen hat. Aber der Handlungsspielraum der Stadt bei der Erfüllung der Vorgaben ist gross. So macht es einen grossen Unterschied,

ob lediglich die Minimalanforderungen abgedeckt sind oder ob der Stadtrat die Leistungen noch perfektioniert. Auch Entscheide wie den Kauf von (sonst unverkäuflichem) Solarstrom verteuert den städtischen Betrieb massiv. Die SVP erwartet, dass der Stadtrat seine Verantwortung beim Management der Leistungsniveaus und der Kosten endlich wahrnimmt.

Der Ausblick ist tiefrot

Der ineffiziente Einsatz von Steuergeldern hat Folgen. So sieht der Finanz- und Aufgabenplan (FAP) für das Jahr 2027 einen Verlust von 46 Millionen Franken vor. Angekündigte Massnahmen: keine.

Der Stadtrat beantragt im Budget 2025 Investitionen von 238 Mio. Franken. Das sind 87 Mio. mehr als in der Rechnung 2023.

Die Stadt muss die Investitionen in den Griff bekommen. Die Investitionen sind die Kosten und damit die Steuerbelastung von morgen. Zum einen sind die Investitionen härter zu priorisieren, zum anderen muss die Stadt günstiger bauen. Insbesondere sind selbstdefinierte Standards zu senken. Die Stadt muss in den nächsten Jahren zahlreiche Schulhäuser sanieren und ein neues bauen. Dabei werden Anforderungen des Kantons – zum Beispiel für Nebenräume – bis zum letzten Komma als zwingende

Vorgabe umgesetzt. Verhandlungen mit dem Kanton oder selbstständiges Denken und Handeln sind für die hochbezahlten «Fachspezialisten» undenkbar. Man könnte sich ja unbeliebt machen.

Die Stadt kann sich den «Winterthurer Gold-Standard» schlicht nicht leisten. Der Stadtrat muss aufhören, die gesetzlichen Anforderungen mit Luxuslösungen im Baubereich und bei Projekten zu übertreffen.

Ein Beispiel: Die Stadt saniert nach 25 Jahren den Spielplatz Inneres Lind für 300 000 Franken. So weit so gut. Das darf man nach 25 Jahren wahrscheinlich machen und es ist sinnvoll, dass die Bevölkerung Wünsche anbringen kann. Unverständlich ist aber, warum diese Mitwirkung 25 000 Franken kosten darf. Es gibt auf der entsprechenden Webseite nicht nur ein Onlineformular, was völlig genügen würde. Nein, es wurde eigens eine App entwickelt. Offenbar ist dem Stadtrat wieder einmal nur der Gold-Standard gut genug. Finanziert wird das Ganze natürlich auf dem Buckel der Steuerzahler.

Der Stadtrat hat es sich gemütlich gemacht und profitiert von den immer höheren Geldern aus dem kantonalen Finanzausgleich.

Damit lassen sich Projekte vergolden und Luxusleistungen finanzieren. Finanziell nachhaltig ist das nicht, bequem halt schon. Und das Risiko, dass der Kanton das Füllhorn nicht mehr so grosszügig über Winterthur ausschüttet, wird ignoriert.



Der ineffiziente Einsatz von Steuergeldern hat Folgen.

Bild: Adobe Stock

SVP BUCH AM IRCHEL

Herbstmärt für Grenzschutz und gegen Windrad-Diktat

Pünktlich um 9 Uhr trafen wir uns beim Marktstand, um einzurichten. Da war schon klar, dass die Buchemer-Wetter-Fee keine Marktgängerin ist, denn es goss wie aus Kübeln.

Das OK hatte die Stände bereits im Vorfeld aufgestellt – herzlichen Dank auch noch an dieser Stelle.

Die Autos waren anständig gefüllt mit Material, auch elektrische Herdplatten und Kabelrollen waren dabei für den Fall, dass das Feuer in der Feuerschale nicht brennen wollte bei dieser Nässe. Denn unser Vorhaben war: Das selber gekochte Gulasch aus regionalen Zutaten wie Rindfleisch, Kartoffeln, Karotten und Zwiebeln, über dem Feuer in einem Topf zu wärmen. Herzlichen Dank an dieser Stelle an Andrea und Markus Weilenmann für das Rüsten, Kochen und für das feine selber gebackene Brot aus Dinkelmehl vom Hof Sandwies!

Dank dem sehr trockenen Buchenholz aus Buch am Irchel loderte das Feuer vorzüglich. Auch die Feuerwehr, welche einen Wettbewerb mit einer Kübelspritze hatte, schaffte es nicht, unser Feuer auszumachen, respektive, wir hatten ihnen bereits am Morgen harte Strafe angedroht, wenn sie den Wasserstrahl gegen uns richten.

Das Gulasch schmeckte den hungrigen Gästen und passte auch ausgezeichnet zum Wetter. Einige Besuchende setzten sich auch auf unser «Polit-Bänkli» unter dem grossen «Sonnen-/Regenschirm», um das Essen zu geniessen oder angeregte Diskussionen zu führen.

Spannende Informationen aus dem Kantonsrat

Schon bald trafen unsere Kantonsräte Urs Wegmann und Paul Mayer mit

Bogen für die «Grenzschutz-Initiative» und die Petition gegen das «Windrad-Diktat» ein. Sie harrten in dem eher widerlichen Wetter bis spät in den Nachmittag aus und beantworteten kompetent die Fragen der Besuchenden. Auch einige kritische Diskussionen führten die beiden Herren gekonnt. Sie konnten einige ausgefüllte und unterschriebene Bogen nach Hause tragen. Vielen

herzlichen Dank an Urs und Paul für euren tollen und langen Einsatz! Der Märt machte ausserordentlich Spass. Wir waren bereits etwas vor Schluss ausverkauft und konnten unsere Gefässer leer nach Hause transportieren. Wir freuen uns bereits auf den nächsten Märt!

Sandra Rinderknecht,
SVP Buch am Irchel



Präsident Markus Weilenmann kocht das Gulasch gleich selber.

Bild: zVg

PODIUMSDISKUSSION IN WINTERTHUR

Windräder in und um Winterthur

Am Dienstagabend, 1. Oktober 2024, kreuzten die Kantonsräte Thomas Forrer, Grüne, und Paul von Euw, SVP, in einer von der SVP und Die Mitte der Stadt Winterthur organisierten Informationsveranstaltung betreffend Standorte von Windkraftanlagen die Klingen.

Grund dieser von der SVP organisierten Informations- und Podiumsdiskussion war, dass es der grüne Regierungsrat Martin Neukom nicht für notwendig hielt, in Winterthur eine Informationsveranstaltung für die betroffene Bevölkerung durchzuführen. Das alleine zeigt, wohin diese ganze Energie- bzw. Windenergiestrategie des Baudirektors gehen soll, hat doch derselbe Baudirektor auch ein sogenanntes schleunigstes Vernehmlassungsverfahren

auf den Weg gegeben, damit so wenig Zeit wie möglich für etwelche Einsprüche zur Verfügung steht. Nach der Einleitung durch Kantonsrat Thomas Anwander, Die Mitte, gab Kantonsrat Paul von Euw klar zu verstehen, dass es keine Enteignungen im Zusammenhang mit Standorten von Windenergieanlagen geben dürfe.

Die Zustimmung von betroffenen Standortgemeinden müsse zudem immer zwingend gegeben sein. In der anschlies-

senden Diskussionsrunde und den Fragen aus dem Plenum der gut 60 anwesenden Gäste kristallisierte sich bald heraus, dass die Skepsis gegenüber dem Vorgehen der Baudirektion und Windkraftanlagen im Allgemeinen sehr gross ist.

Paul von Euw brachte es abschliessend sachlich auf den Punkt, als er meinte, dass der materielle Aufwand zu der zu gewinnenden Windenergie in keinem Verhältnis stehe.



V.l.n.r.: Kantonsrat Paul von Euw (SVP), Kantonsrat Thomas Forrer (Grüne) und Thomas Anwander (Die Mitte).

Bild: René Isler



Kantonsrat Paul von Euw (SVP) in seinem Element.

Bild: René Isler

GRENZSCHUTZ-INITIATIVE

Keine systematischen Grenzkontrollen

rw. Sieht SP-Bundesrat Beat Jans weiterhin keinen Anlass, systematische Kontrollen an der Schweizer Landesgrenze durchzuführen? Was unternimmt Jans dagegen, dass illegale Asyl-Migranten auf ihrem Weg von Italien oder Osteuropa nach Deutschland in der Schweiz verbleiben, weil Deutschland seine Grenzen kontrolliert? Dies fragte SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi den Bundesrat. Die Antwort war lapidar und nichtssagend: «Der Bundesrat hat bisher einzige im Rahmen der COVID-19-Pandemie die Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen angeordnet. In allen anderen Fällen sah der Bundesrat die Voraussetzungen und den Nutzen einer solchen Massnahme als nicht gegeben.» Daran sieht man, wie wichtig die SVP-Grenzschutz-Initiative ist. Der Bundesrat muss zum Handeln gezwungen werden.



Darum ist die Grenzschutz-Initiative wichtig.

Bild: Adobe Stock

✓ gegen Missbrauch
✓ für faire Regeln

2xJA zum Mietrecht
mehr-wohnraum.ch
am 24. November

Per sofort an der Allmannstrasse 22 in 8052 Zürich

4,5-Zimmer Reiheneinfamilienhaus

Parkett, Dusche/WC, Balkon, Veranda, eigener Garten, Waschmaschine/Tumbler. Max. 2 Personen. 1 Parkplatz. 3000.- exkl. Besichtigung: D. Richter 079/4018364

Erfolgreich werben im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»

Ausflug ins Haus der Freiheit

Samstag, 16. November 2024

mit an Board:
Natalie Rickli, Regierungspräsidentin Kanton Zürich
Tobias Weidmann, Fraktionspräsident ZH
Tom Schmid, Gemeindepräsident Dinhard



und mit Ihnen auch aktuelle Informationen aus Zürich und der Gemeinde Dinhard

Programm:
10.30 Uhr Start mit dem Knöpfel Car am Bahnhof Dinhard
12.00 Uhr Mittagsmenü im Haus der Freiheit:
«Toggenburger» Salat mit Blöderkäse, Äpfel und Nüssen
hausgemachter Hackbraten, Kräuterjus, Kartoffelstock, Gemüse
Saisondessert
CHF 42.- für Menü plus Getränk wird im Car Bar oder per TWINT eingezogen
oder Überweisung im Voraus auf:
CH25 0070 0355 3719 2989 2 lautet auf SVP Dinhard, 8474 Dinhard
ca. 15.00 Uhr retour in Dinhard

Die SVP Dinhard übernimmt die Fahrt zu Toni Brunner und Esther Friedli und freuen uns auf einen unvergesslichen Ausflug mit Euch.

SVP Dinhard

Anmeldung bis 31. Oktober 2024, damit Du dabei bist

an Vize Rahel Fritschi, Seuzacherstr. 10d, 8474 Dinhard, rahel@fritschi.info

Ja, ich/wir sind dabei am 16. November 2024

Name: Vorname:

Adresse:

Anzahl Personen:

Telefonnummer:

Email-Adresse:



SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.



In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.



Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von alt NR Roger Köppel.



SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!



Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach

Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach

Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf

Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil

Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa

Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon

Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur

Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen

Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6

Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich

Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten

Dienstag, 29. Oktober 2024, 19.00 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, u.a. mit den Nationalräten Barbara Steinemann und Benjamin Giezendanner.

Bezirk Andelfingen/Andelfingen

Mittwoch, 13. November 2024, 19.00 Uhr, Standaktion, Andelfinger Markt, Andelfingen.

Bezirk Andelfingen/Stammheim

Sonntag, 3. November 2024, bis Montag, 4. November 2024, Standaktion, Stammer Markt, Oberstammheim.

Bezirk Bülach

Freitag, 1. November 2024, 19.30 Uhr, Herbstfest, Mehrzweckhalle Steinboden, Eglisau. Anmeldung über den Sektionspräsidenten.

Bezirk Bülach/Wil

Sonntag, 3. November 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Frühshoppen, Feuerwehrlokal, Dorfstrasse 35, Wil.

Bezirk Meilen/Uetikon am See

Samstag, 5. Oktober 2024, 10.00 – 17.00 Uhr, SVP-Stand am Herbstmarkt, Dorfzentrum, Uetikon am See.

Bezirk Meilen/Zumikon

Montag, 28. Oktober 2024, 19.00 Uhr, Sessionsrapport, Gemeindesaal, Cheminéeraum, Zumikon, mit den Nationalräten Nina Fehr Düsel und Gregor Rutz. Anmeldung unter gerard.olivary@bluewin.ch.

Bezirk Winterthur/Dinhard

Samstag, 16. November 2024, 10.30 – 15.00 Uhr, Ausflug ins Haus der Freiheit, Start mit dem Knöpfel Car am Bahnhof Dinhard, mit Regierungspräsidentin Natalie Rickli und Kantonsrat Tobias Weidmann, Fraktionspräsident. Weitere Informationen und Anmeldung unter rahel@fritschi.info.

Stadt Winterthur/Altstadt

Samstag, 2. November 2024, 11.00 Uhr, SVP-Metzgete, Restaurant Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur, mit Nationalrat Pascal Schmid. Kosten: 45 Franken für Mitglieder, 55 Franken für Nichtmitglieder. Anmeldung bis 11. Oktober 2024 unter nadja.wepfer@gmx.ch.

Stadt Zürich/Kreis 10

Freitag, 1. November 2024, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Restaurant Grünwald, Regensdorferstrasse 237, Zürich, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel.

Stadt Zürich/Kreis 11

Samstag, 5. Oktober 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Junge SVP Kanton Zürich

Freitag, 25. Oktober 2024, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Wirtschaft Unterdorf, Katzenestrasse 15, Zürich-Affoltern, mit Verleger Dr. Markus Somm.

Junge SVP Kanton Zürich

Freitag, 11. Oktober 2024, 17.00 Uhr, Oktoberfest, Treffpunkt vor der Landihalle, Quellenstrasse 6, Uster. Weitere Informationen und Anmeldung unter wanner@jsvp-zh.ch.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 23. Oktober 2024, 17.45 – 21.00 Uhr, Schifffahrt auf dem Zürichsee, Treffpunkt Bürkliplatz, MS Etzel, Bootssteg 6, Zürich, mit den Nationalräten Barbara Steinemann und Gregor Rutz. Anmeldung unter sekretariat@svp-zuerich.ch oder 044 217 77 66.

Dienstag, 26. November 2024, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Wädenswil. Weitere Informationen folgen.

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiesse am Donnerstag, 18. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen folgen.

Zürcher Bauer

ISSN 1660-6701

ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,6% MwSt. Redaktion: ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32.

Insertionspreise: www.zbv.ch/inserate. Abonnementsdienst: Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, sekretariat@zbv.ch.

Insertionspreise: www.svp-zuerich.ch/zurcherbote. Abonnementsdienst: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. Inseratenannahme: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch.

Insertenschluss: Mittwoch, 12.00 Uhr.

Veranstaltungsmeldungen: veranstaltungen@svp-zuerich.ch.

Layout: cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. Druck: Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Spaghetti – Plausch

mit NR Mauro Tuena

Freitag, 04. Oktober 2024

ab 18.00 Uhr

im GZ-Bachwiesen, kleiner Saal, Bachwiesenstrasse 40, 8047 Zürich



POLIT-APÉRO 2024



Wir laden Sie herzlich ein zu unserem politischen Diskussions-Forum.

Der Anlass ist öffentlich und wir freuen uns auf einen interessanten Austausch mit Ihnen. Reservieren Sie sich bereits jetzt das Datum!



Dr. Markus Somm

Chefredaktor und Verleger Nebelspalter



ab 18.00 Uhr Eintreffen
18.15 Uhr Referat
18.45 Uhr Fragen und Diskussion
19.15 Uhr geselliges Beisammensein



Wirtschaft Unterdorf
Katzenseestrasse 15
8046 Zürich

Alle sind herzlich willkommen – auch Nicht-SVP-Mitglieder!

svp-zuerich11.ch

